

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgebung.



Ausgabenpreis: Die fünfgespaltene Kopfzeile 15 Pf.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeilstraße 10 die Spaltenpreise sind demnach 10 Pf. und sonstige Einzelanzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Stetigjähriger Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,20 RM. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den Briefträger 1,74 RM.

Stetigjährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeilstraße 10, auch von unseren Boten und allen Kaiserl. Postanstalten angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 15.

Dienstag, den 4. Februar 1919.

58. Jahrgang.

Das Steuer-Exempel.

Als vor 30 Jahren im Reichstage zum ersten Male eine Militäraushebung von etwa 40 Millionen eingebracht wurde, sah man im ganzen Hause nur blasse Gesichter. Und drängen im Laufe der Zeit ist nicht mehr auszuhalten. Es war das Gegenstück zur Freude über die fünf Milliarden von 1871, von denen ganz Deutschland dachte, sie würden niemals alle werden. Später haben wir die hohen militärischen Forderungen bedeutend ruhiger aufgenommen, selbst die Vermögenssteuer von 1874 im Jahre 1913 hat kein großes Versehen mehr gemacht. Im Kriege spielten denn auch Milliarden keine große Rolle mehr. Nur, daß wir dachten, wir würden die Kriegsausgaben direkt oder indirekt wieder bekommen. Wie wir heute wissen, wird daraus nichts, im Gegenteil, wir müssen noch eine weitere Reihe von Milliarden aufbringen. Demgegenüber müßt es gar nichts zu hoffen, es werde schon noch irgend ein Glücksfall eintreten, optimistisch oder ... gebantenlos zu sein. Einreden es heißt zu rechnen.

Unter den Steuerplänen der heutigen Regierung spielt eine große Rolle die Vermögensabgabe die übrigens schon seit dem Jahre 1910 in Betracht gezogen worden ist, also keine Ueberschreibung mehr bedeutet. Zu ihrer Begründung wird gesagt, daß es unmöglich sei, die enormen Zinsen der Kriegsschulden auf lange Jahre hinaus zu bezahlen, es bleibe also nichts übrig, als auch von allen privaten Vermögen einen gewissen Abbruch zu machen. Denn das deutsche Nationalvermögen an Staatsrenten reichte nicht aus, um alle Schulden und die weiteren notwendigen dringenden Ausgaben zu decken.

Diese Vermögensabgabe ist selbstverständlich für alle, die davon betroffen werden, nicht angenehm. Aber sie ist auch für die nicht gleichgültig, die kein Vermögen haben. Denn sie müssen entweder mehr von ihrem Einkommen oder an indirekten Steuern leisten, zumal da nach der Vermögensabgabe sich die Zahl der Steuerpflichtigen wohlwollenden und reichen Leute erheblich vermindern wird. Da Geld gebraucht wird, kann dies alles nicht anders sein, als daß die Steuern und das Einkommen müssen sinken. Es fragt sich nur, ob es praktischer sein wird, den Vollen jetzt zu überlassen.

Und diese Frage muß beantwortet werden. Der Wert des Vermögensbegriffes, auch der Bestand des Nationalvermögens, ist heute so geringfügig, daß es nicht ganz möglich ist, bestimmte Bestimmungen zu machen. Es können dabei sonst für viele Tausende Schäden entstehen, die es ihnen unmöglich machen, nach der teilweisen Vermögensabgabe wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. An einer Veranlagung der Wohlhabner kann dem Staat niemals etwas liegen, wenn er verliert damit seine Steuerquellen. Auch können der wie kein Verdienst ist der Vermögensstand bei Wertheinstiegen. Davon ist schon ein so bedeutender Teil durch Kurserlöse gestrichen, daß nicht viel mehr zu rechnen übrig bleibt.

Eine teilweise Vermögensabgabe zu steuerlichen Zwecken mit allen Folgen der Notwendigkeit der Gebührendung erweisen sich, unter den heutigen Verhältnissen wohl, doppelt und dreifach überlegt sein, denn was der Staat hat, ist dahin, und daß ein von seinem Mittelstand einbüßendes Land schwer wieder zu etwas kommt, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Auch hier in der Sozialisierung ein Mittelanstreben steht, wird in diesem Fall entzweit werden. Wenn eine hohe zinsfähige Wertsache da sind, dann ist die auch nicht verstaatlicht werden. Denn sollte also der Staat verstaatlicht, nicht mit den Folgen an der Arbeit.

Als die Kriegserträge und die Lebenserträge unterteilt werden müßten, und es noch vorläufige Monate dauern, so daß wir als bürgerliche Parteien haben, zu berechnen, was vertretbar ist, teilweise Vermögensabgabe oder Steuern, die sich auf eine Reihe von Jahren verteilen. Denn darüber gehen wir Schuldenaufnahme zu lang sind, der Staat für sich haben, aber nicht gleich mit einem Saldo mehr. Aber die höchste Schuldenbarriere weg zu bringen, ist doch wohl zu sagen, denn unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit würde sich dabei das Geld werden. Eine prinzipielle Steueranhebung bleibt immer Theorie; ohne das praktische Rechnen geht es zuletzt doch nicht. Ja, das können sehr annehmbar sein, aber sie helfen vor unliebsamen Enttäuschungen. Auch der ohnehin obligate Steuerzahler soll nicht mehr als nötig gequält werden!

Der Verfassungsentwurf.

Der Entwurf für die künftige Verfassung des Reiches ist von der Regierung fertiggestellt und wird der Nationalversammlung in Weimar in folgender Form vorgelegt werden:

§ 1. Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einbringung der Vorarbeiten der Reichs-

regierung an die Nationalversammlung bedarf umschadet des Absatzes 4 der Zustimmung des Staatsauschusses. In dem Staatsauschusse hat jeder deutsche Freizügler mindestens eine Stimme. Auf die großen Freistaaten entfallen grundsätzlich bei einer Million Landesbewohner eine Stimme, wobei ein Ueberschuß der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaates gleichkommt, einer Million gleichgerechnet wird. Demnach sind im Staatsauschusse vertreten: Preußen mit 15, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit 2 Stimmen, und die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Stimme. Den Vorsitz im Staatsauschusse führt ein Mitglied der Reichsregierung. Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reich anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatsauschusse mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatsauschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen, und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Angelegenheiten ihrer Regierung betreffen.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung herabgeschrieben, es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Uebereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatsauschusse zustande. Ist eine solche Uebereinstimmung nicht zu erzielen, so hat der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeizuführen.

§ 5. Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 29, 30, 32, der bisherigen Reichsverfassung Anwendung.

§ 6. Die Gesetze des Reiches werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Recht völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reiches Verträge mit ausländischen Mächten einzugehen, sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Kriegserklärungen und Friedensschlüsse erfolgen durch Reichsgesetz. Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbund mit den Zielen des Ausschusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen alle Verträge mit dem im Völkerbund vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatsauschusses.

§ 7. Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Das Amt dauert bis zum Amtsantritt des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der neuen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8. Der Reichspräsident beauftragt die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Seeresleitung unterstellt sind, ein.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer amtlichen Führung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9. Alle wichtigen und wichtigsten Angelegenheiten und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung durch einen Reichsminister. Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

Pariser Beschluß über die deutschen Kolonien.

(Amlicher Situationsbericht) Das Pariser Komitee der Vertreter der Völkerbund hat sich in der Donnerstag-Sitzung mit der Prüfung der Kolonialfragen.

Die ganze Erörterung bewegte sich auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge, die Verwaltung der deutschen Kolonien dem Völkerbunde zu übergeben, bzw. Teile davon diesem oder jenem Staat unter Kontrolle der gesamten Mächte zu überlassen. Das englische Kriegskabinett hat sich der Wilsonschen Theorie angeschlossen, dagegen haben die Dominions energigehenden Protest eingelegt. Schließlich einigte man sich dahin, daß, wenn in einem dieser Gebiete sich genügend kultivierte Eingeborene befinden, die ihren nationalen Wünschen Ausdruck verleihen können, und tatsächlich imstande sind, sich selbst zu regieren, der Völkerbund ihren Wünschen nachzugehen hat.

In dieser Beziehung kann man namentlich Österreich und Mexiko nennen. Die Bevölkerung dieser Länder soll Gelegenheit erhalten, ihrem Willen Ausdruck zu verleihen, sie soll entscheiden, ob sie unabhängig werden oder unter dem Protektorat einer Großmacht leben will. Wo die Völker nicht imstande sind, sich selbst zu regieren, soll der Völkerbund entscheiden, wer die Souveränität ausüben soll.

Gewisse Vorkaufsrechte sind dabei von den betreffenden Großmächten zu übernehmen, und zwar werden die Bürgerrechte von der Friedenskonferenz oder vom Völkerbunde festgesetzt. Diese werden für die betreffenden Großmächte verbleiben, falls sich darüber von Fall zu Fall entscheiden werden. Solange der Völkerbund noch nicht veranfaßt worden ist, soll die Ver-

haltung der Kolonien von den angrenzenden Verwaltungen übernommen werden, in der Weise wie es sehr schon gehandhabt wird. Was die asiatische Türkei betrifft, so erhalten die vier Großmächte den Auftrag, dieses Gebiet zu verwalten, und zwar tritt das Mandat sofort in Kraft.

Bremen Bremen.

Unzufriedene Lage.

Ueber den Eindruck der Nachricht vom Eintreffen der Regierungstruppen vor Bremen schreibt ein Bremen Blatt:

Freitag morgen gegen 6 Uhr wurde aus dem Strenen Alarm über die Werte geschossen. Sofort tauchten auf den Werftgebäuden Bemannete und Unbemannete auf und begaben sich zur Verfügung in die Baracken. Ein großer Teil der Arbeiter, die von der Wehrheitspartei, riet, die Waffen vor der anrückenden Wehrmacht zu strecken und den Forderungen im Interesse der Stadt zu entsprechen.

Dagegen traten die parlamentarischen Gesinnungen und verlangten Verteidigung der Werten. Gleich darauf wurden die Gebäude in Verteidigungszustand gesetzt. Durch das Scheitern der Unterhandlungen in Berlin wurde die Lage noch kritischer. Schon Donnerstagabend waren Maschinengewehre in Soldatenräte aufgestellt, und die ganze Nacht waren die städtischen Zugangsstraßen von den Arbeitern besetzt. Am Montag mit Bewaffnung sah man durch die Stadt fahren und vor dem Rathaus halten, das besetzt wurde.

Eine spätere Meldung lautet:

Im Bremer Rathaus sind zahlreiche Vertreter von Kameraden aus dem Bereich des 9. Armeekorps versammelt, um über die durch das Vorgehen der Regierungstruppen notwendig gewordenen Schritte zu beraten. Das 9. Armeekorps stellt sich auf die Seite der gegenwärtigen Bremer Regierung. Von verschiedenen Soldaten ein Nordwestdeutslands wurden Telegramme an die Reichsregierung geschickt mit dem Ersuchen, die Expedition zurückzuziehen, um das drohende unangenehme Blutbad zu vermeiden.

In Bremen wollte auch eine Abordnung der Division Gerbenberg. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos und werden fortgesetzt. Es soll aber von beiden Seiten nichts unternommen werden.

Wie verlautet, setzen sich die Soldatenräte des 9. Armeekorps für die Entlassung der Arbeiter ein. Der Bahnbetrieb nach Hannover und Berlin ist durch Aufreihen der Schienen unterbrochen worden.

Ansicht der Regierung.

Die Regierung beurteilt die Lage in Bremen optimistisch, wie aus folgender Darstellung der zuständigen Stellen hervorgeht:

Die Anwendung der Wehrverfassung gegen die terroristische paratattische Bewegung in Bremen hat außerordentlich heilsam gewirkt. Die Lage an der Wehrlinie verbessert sich zusehends. Der Anmarsch der Truppen hat nicht nur in Bremen viel zur Befriedung der Bevölkerung beigetragen, sondern bestimmt sich auch bereits deutlich in Hamburg und Wismarschlag auszuwirken. Man darf die Hoffnung ausprechen, daß der paratattische Terror auch in der Wehrfront bald zur Erinnerung sein wird, und daß die Ein- und Ausfuhr der Lebensmittelstoffe gelindert wird.

Wädischer Protest gegen die Entente.

In der badischen Nationalversammlung erklärte der feilige Ministerpräsident Gehl namens der badischen vorläufigen Regierung, daß diese die von allen Parteien zum Ausdruck gebrachten Sorgen teile und sich dem Protest gegen die fortwährenden Vergehen durch die Entente vollständig anschließen. Wie bisher, so werde die badische Regierung auch in Zukunft sich bemühen, jeder Veranlassung des badischen Volkes entgegenzutreten. Grundlos lautet die Propaganda gegen Deutschland fort, grundlos wird der Abschluß eines Krieges abgelehnt und unsere unglücklichen Kriegesgefangenen die Freiheit nicht wiedergegeben. Das ist eine moderne Form der Sklaverei, eine ewige Schmach für die hierfür verantwortlichen Männer. Niemand wird das badische Volk und mit ihm ganz Deutschland einen Frieden der Gewalt ertragen.

Wädisches Ersuchen der Freisinnigen.

Nachdem jetzt auch das Ergebnis aus dem 8. Wahlsitze Bosen vorliegt, wird sich nach den vorläufigen Meldungen der Wahlkommission die preussische Landesversammlung folgen demnach zusammensetzen:

- Sozialdemokratische Partei Deutschlands 145,
- Christliche Volkspartei 85,
- Deutsche demokratische Partei 65.

Zu Zweien einam.

Roman von H. Courth's-Maler

Nachdruck verboten. Fortsetzung.

„Du werde mich selbst befragen, indem ich mich einige Tage aus deiner Nähe verhalte, ich muß in Gesellschaft verleben.“

„Sie leustete. Die dummen Geschäfte.“ — Er lachte glücklich. „Die müssen auch sein, Liebchen.“

„Wenn die nicht wären, könnt wir dann sehr hartam leben?“ fragte sie ihn.

„Nun mußte er laut und herzlich lachen. „Nein, du Kindstopf. Du Salz und Brot reichst es dann auch noch zu süßem Lebkuchen für dich und einem Winteraufenthalt an der Riviera.“

„Warum giebst du dich dann nicht zurück von den häßlichen Geschäften?“

„Weil ich dabei ohne große Anstrengung mein Verdüngen vergrößern kann.“

„Aber du bist doch ohnedies schon reich genug.“

„Das wohl, aber denke, wenn wir einmal nicht mehr klein sind, wenn wir Kinder haben werden. Wie gut, wenn wir ihnen dann alles bieten können, was das Herz wünschen macht. Und außerdem ist es mir sehr lieb, zu arbeiten. Du mußt dich mein Fräulein schon denken lassen, daß ich sie gewisse einige Tage verlaßt.“

„Etwas sag die Eltern zusammen. Übermorgen war der Abend bei Langenan. Da dürfte sie mich heute, und ihr Gatte mußte seine Abreise vorbereiten zu tunge und schüchtern. Er brauchte natürlich nicht zu wissen, was er morgen lasse ich dich aber noch nicht fort, und übermorgen auch nicht, und Sonntag erst recht nicht. Vor Montag auf seinen Fall, hörst du.“

„Sie lehnte ihre Wangen an die seine und streichelte ihm bittend die Hand. Er war überglücklich, und sie hätte sonst etwas verlangen können von ihm, er hätte es gern.“

„Da muß ich wohl bis Montag bleiben, du holde Tage Löwin. Du komme auch so schnell wie möglich zurück. Und nicht wahr, du tust es mir lieblich und häßlich Seiden etwas kurz?“

„Ja, du eiferfüchtiger Mann, ich will es dir lieblich tun, obwohl es gar nicht nötig ist.“

„Er überschüttete sie mit Bärtchen, und einen Moment kam ihr der Gedanke, wie schlecht sie ihm seine Liebe und Güte lohnte. Aber dies Gefühl hielt nicht lange an. Er war ja glücklich durch die Mission, was brauchte es da noch einer Birtlichkeit. Warum sollte sie sich darüber Kopfzerren machen, die, selbst nicht glücklich war und vor Schmach fast umtan!“

„Oh, dieser Wolf Gerardo, wenn er doch endlich, endlich zu ihr zurückkehren wöllte! Wie sie ihn liebte, wie sie sich nach ihm sehnte! — Sie sprang plötzlich im Übermaß des Empfindens auf und küßte sich vor ihres Mannes Liebeshängen an das Fenster.“

„Es ist so heiß hier im Zimmer, ich will das Fenster öffnen“, sagte sie ablenkend und zog den roten Vorhang zurück.“

Am übernächsten Tage fuhr Sibille mit ihrem Gatten nach Langenan. Die Besitzer dieses Gutes waren ein kinderreiches Ehepaar. Vier erwachsene Töchter und ein halberwachsener Sohn gehörten zu Langenan, und diesen Jungvolf zählte man zu den Langenaner Abenden immer ein Festmahl inhiert.

Die Bewirtung war meist sehr einfach, aber man kam doch gern; es herrschte ein fröhlicher Ton bei den schlichten, herlichen Feuten, und die vier jungen Mädchen lachten mit ihren runden Gesichtern so frisch und vergnügt in die Welt, daß man sich immer gut amüßte.

Sibille stand mit den jungen Damen auf freundschaftlichem Fuße, deshalb hatte sie deren herzlichen Willen

nachgegeben und die Einladung angenommen. Außerdem verlangte sie danach, wieder einmal mit Menschen zusammenzukommen, die festhängende Gemüter bedrückte sie und lenkte sie von ihrem Zimmer nicht ab.

Wolf hatte sofort zugestimmt, als sie den Wunsch ausgesprochen, nach Langenan zu fahren, und sein Vater begleitete das junge Paar.

Sibille mußte, daß Sibille ausgehen sein würde. Es war ihr ein heimlicher Gedanke, mit ihm zusammenzutreffen zu müssen, aber sie sah ein, daß dies auf die Dauer doch nicht zu vermeiden sein würde. Sie nahm sich vor, Sibille ruhig und kühl gegenüberzutreten und sich nichts anmerken zu lassen. Dazu war sie viel zu stolz. Ihre Mission sollte nicht wissen, wie tief sie gebemüht war, wie unglücklich sie war.

Auch Wolf dachte daran, daß er Sibille begegnen mußte. Ein heißer Angrimm packte ihn, wenn er sich fragte, daß er vielleicht gerungen sein möchte, mit ihr zu reden, ohne ihr sagen zu dürfen, wie verächtlich sie ihm war.

Hörers waren schon anwesend, als sie eintrafen. Bei der allgemeinen Begrüßung fiel es nicht auf, daß Sibille Frau von Römer nur mit einem kleinen Neigen des Hauptes begrüßte und auch Wolf sich nur flüchtig nach ihr umwandte. Nur Seiden, der Neben Sibille stand, bemerkte es und machte ihre Augen Weis danach.

Sibilles Leinen Wäsche denen der jungen Frau doch ein wenig sehen aus, aber um so schöner kammten sie in die Welt.

Er erlöste, weil er sich und Sibille von Sibille beobachtet wurde. Außerlich über sich selbst, fühlte er, wie ihm das Blut ins Gesicht schob, und Sibille sah bei dieser Wahrnehmung einen brennenden Schmerz. Was mußte er der Müde, Beherrschte. Diese Frau liebt, daß ihr Anblick allein genügt, um ihn zu erregen. Sie mandte sich ab und ging mit der ältesten Tochter Langenan davon. Besser, sie sah gar nicht mehr die und den beiden.

Unsere Ostmark in Gefahr!

Die Hilfskräfte unserer bedrängten Landesleute im Osten erschaffen immer lauter. In großen Teilen der Provinz Posen haben bereits polnische Banden, die plündernd durchs Land ziehen. Gleiches Schicksal erwartet Osk- und Westpreußen, sowie Schlesien, wenn es nicht gelingt, mit genügend starken und brauchbaren Truppen den Feind von dem Reiches Grenzen fern zu halten. Das blühende Wirtschaftsleben, die ertragreiche Landwirtschaft dieser Provinzen, die für einen großen Teil unseres Vaterlandes eine notwendige Lebensbedingung sind, ist ernstlich bedroht.

Rameraden!

Der greise Feldmarschall von Hindenburg selbst hat sich dem Vaterlande zur Verfügung gestellt. Er will mit Euch den Feind — wie es 4% Jahre so glänzend gelungen — auch diesmal von der deutschen Heimat fern halten und die verlorenen Teile wieder nehmen.

Gilt herbei!

Jeder der moralisch einwandfrei, selbstständig und militärisch ausgebildet ist, melde sich bei einem Truppenteil, Garnison- oder Bezirkskommando, wo er weitere Auskunft erhält. Ueberall werden Freiwilligen-Formationen bei denen Soldaten- (Vertrauens-) Räte bestehen, gebildet. Jeder hat die Möglichkeit, mit seinen Kameraden und unter ihnen alten bewährten Führern, zu denen er Vertrauen hat, dem Vaterland seine Kräfte zur Verfügung zu stellen.

Schwierig ist die Bekleidungsfrage. Es fehlt an genügender Zahl fertiger Bekleidungsstücke. Daher bringe jeder Freiwillige seinen Entlassungsausweis einsehl. Mantel mit. Der Staat kauft ihn, soweit er felddbrauchbar, ab. Ein Vermerk in die Militärpapiere wird aufgenommen. Militärpapiere mitbringen.

Magdeburg, den 30. Januar 1919.

Von Seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Generalstabes.

v. dem Hagen, Oberstleutnant.

Der Exekutivansschuß des IV. A. 2.

Boch.

Bekanntmachung.

Auf Grund der Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichs ernährungsamt wird mit Wirkung vom 3. Februar 1919 angeordnet:

1. Selbstverleiher dürfen zur Ernährung der Wirtschaftsgeldbesitzer einschließlich der Debitantenberechtigten für jede Person und für den Tag nicht mehr als ein Pfund (bisher 1 1/2 Pfund) Kartoffeln verbrauchen. Die durch diese Verbrauchsregel zu verwendenden Kartoffeln sind an den Kommunalverband abzugeben.

2. Z der Versorgungsbedürftige hat Anspruch auf fünf Pfund Kartoffeln wöchentlich (bisher 7 Pfund).

Die §§ 1b, und 7 der Verordnung über den Verkehr mit Kartoffeln aus der Ernte 1918 vom 8. August 1918 werden entsprechend abgeändert.

W e i ß e n f e l s, den 31. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisauausschusses.

Wartels, Landrat.

Vermögensstand am 30. Juni 1918.

Aktiva:	
Kassenbestand einsehl. Postgutsdeinlagen	12998,09 Mark
Forderungen an Mitglieder	96670,—
Gesellschaftsbananteile	80000,—
Bemalengesellschaftsanteile	1800,—
Einkaufsgeschäfte	1041,50
Grundstücks- und Gebäude-Konto	93847,85
Maschinenkonto	5103,—
Warenbestände	4207,48
Summe der Aktiva	1115070,92 Mark

Passiva.	
Geschäftsguthaben	30779,— Mark
Reservefondskonto	6224,02
Retribsbüchsenkonto	6120,85
Konto-Korrent-Mitstellungskonto	36500,—
Gesellschaftsguthabenkonto	26249,82
Einzlagen in dbr. Rechnung	99818,44
Spareinlagen	881647,20
Kreditoren-Konto	23353,38
Gewinnen- und Verlust-Konto	4883,71
Summe der Passiva	1115070,92 Mark

Mitgliederbewegung:

Zahl der Gesellen am 1. Juli 1917	47
Zugang — Abgang durch Tod	5
Zahl der Gesellen am 30. Juni 1918	42

Im Laufe des Geschäftsjahres haben sich die Geschäftsguthaben um 3260 Mark und die Passivsummen um 32600 Mark verringert. Die Gesamtsumme aller Mitglieder betrug am Jahresabschluss 264200 Mark.

W e i ß e n f e l s, den 30. Januar 1919.

Ländliche Spar- und Darlehnskasse Tondern

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

A. Pröblich.

A. Zimmermann.

Festsetzung.

Um hervorgeratene Mängel in der Abgabe der den versorgungsbedürftigen Haushaltungen zuzulehrenden Getreidemengen zu beseitigen, erteilt sich eine Neuauflassung der Rundenlisten nötig. Jeder Haushaltungsvorsteher hat sich bei einem der Händler sofort vor neuem in die Rundenliste einzutragen zu lassen und hierbei seine und seiner Haushaltungsberechtigten Getreidemengen vorzulegen. Die Anmeldung hat bis spätestens 6. d. Mts. mittags zu geschehen. Zum Verkauf von Speiseklein sind zugelassen worden:

- Handelsfrau Anna Hagerlorn, Markt Nr. 15.
- Handelsmann Franz Ruppich, Zeigerstr. Nr. 5.
- Handelsfrau Lina Naumann, Bahnh. Nr. 7.
- Handelsmann Hermann Pfeiffer, Weihenstephanstr. 7.
- Handelsmann Emil Lenacher, Dierstr. 1.
- Handelsmann Robert Müller, Schlegelstr. Nr. 19.

Die gewählte Einkaufsstelle muß solange beibehalten werden, bis künftig wieder eine Neuauflassung der Rundenlisten angeordnet wird. Ein Wechsel der Einkaufsstelle wird grundsätzlich nicht zugelassen. Wer sich bei zum vorangehenden Zeitpunkt in die Rundenliste nicht eingetragen läßt, kann bei der nächsten Speisekleinverteilung nicht berücksichtigt werden.

Kranke, denen wegen ihres Zustandes eine Speisekleinverteilung bewilligt ist, haben diese in derjenigen Restabteilung abzugeben, bei der sie in die Rundenliste eingetragen sind, sie haben sich dort anzumelden.

W e i ß e n f e l s, den 3. Februar 1919.

Der Magistrat. Ammermann.

Höchstpreise für Schlachtpferde.

In Abänderung der kriegsministeriellen Verfügung vom 18. 11. 18 Nr. 875 11 RJ, Ziffer 4 wird der Preis für 1 Zentner Lebendgewicht von Schlachtpferden wie folgt festgelegt:

- 50.— Mfl. bei bester Beschaffenheit des Fleisches
- 40.— Mfl. bei mittlerer und
- 30.— Mfl. bei geringerer Beschaffenheit des Fleisches.

Die Preise gelten ab 10. 1. 1919.

M a g d e b u r g, den 19. Januar 1919.

Von Seiten des Generalkommandos. Der Exekutiv-Ausschuß des IV. A. 2. Der Chef des Generalstabes. S. B. 3 ö t j c h.

Vorstehende Bekanntmachung bringe ich hiermit zur öffentlichen Kenntnis.

W e i ß e n f e l s, den 28. Januar 1919.

Der Vorsitzende des Kreisauausschusses.

Der Landrat. Bartels.

Beitritt: Barwidaugabe.

Zu bringe hiermit zur Kenntnis der Versorgungsbedürftigen, daß auf die Barwidaugabe 4 und 5 der Anzahl der 10 Pfund Karbid abzugeben werden. Die Versammlungstermine werden hiermit bekanntgegeben werden. Die Besondere Verkaufslisten sofort, spätestens zum 10. Feb. am 18. 38. abholen. Der Preis beträgt 1,60 Mfl. für 1 Kilogramm.

W e i ß e n f e l s, den 30. Januar 1919.

Dr. Arnold.

S. B. 3 ö b l e r, Kreisrichter.

Zuverlässige solide

Frau für dauernd

als Vertraut in Tondern gesucht. Letzte Beschäftigung in Danzig, Kenntnisse sind nicht nötig. Die Frau muß eingetragener, Wadenerberuf 18 Mfl. Erwerblich sind 200 Mfl. für ein Warenlager. Schriftliche Mitteilungen mit Angabe der Verdienste sind unter Firma Carl Köhler in der Expedition des Blatt 8 abzugeben.

Schlachtpferde

kauf

C. Soose, Weissen. Zeigerstr. 3.

Künstlerposikanten

in verschiedenen Preisklassen zu haben bei.

Otto Dietzberg.

Zeitler Vieh-Versicherungs-Verein.

Gegründet 1860.

Versicherungssumme:
5 478 435 Mark.

Gesamte Verläufe:
3 866 103 Mark.
Sicherheitskapital:
197 357 Mark.

Der Vorstand hat beschlossen, die diesjährige **Mitglieder-Versammlung** am **Donnerstag, den 28. Februar 1919**, vormittags 10^{1/2} Uhr im „**Prinzlichen Hofe**“ zu Zeit abzuhalten. Die Mitglieder des Zeitler Vieh-Versicherungs-Vereins werden hierzu eingeladen.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung des Direktors über Gang und Umfang des Geschäftes.
 2. Vorlegung der Jahresrechnung und ev. Entlassung des Direktors.
 3. Wahl des Vorstandes.
 4. Beratung und Beschlußfassung über etwaige Anträge.
 5. Sonstige Angelegenheiten des Vereins.
- Etwas zu fallende Anträge sind mindestens 10 Tage vor der Mitgliederversammlung bei der Direktion einzureichen.

Der Direktor: **Vanger.**

Betrifft: Kerzenverteilung.

Ich bringe hiermit zur Kenntnis der Versicherungsberechtigten, daß für die Monate Dezember und Januar nachträglich 3 Paraffinkerzen auszugeben werden. Die Kerzen erhalten nur die Inhaber von Versicherungspolice, und zwar gegen Abgabe der Kerzenabnahme 3 und 4 der Leuchtmittelkarte. Der Preis beträgt 53 Pf. für sämtliche 6 Kerzen. Der Verkauf der Kerzen erfolgt in den von den Versicherungsstellen örtlich bekanntgemachten Verkaufsstellen. Ich mache besonders darauf aufmerksam, daß die Kerzen nicht in jeder beliebigen Verkaufsstelle abgeholt werden dürfen, sondern nur in der für den betreffenden Ort zuständigen Verkaufsstelle.

Zeitzersfeld, den 30. Januar 1919.
Der Vorstand: **Bartels.**

Gebser & Co. :: Bankgeschäft

Telegraphisch: Naumburg a. S. Reichsbank-Giro-Konten
Gebserbank. O. Nationalbank. Post-Scheck-Konten
Hamburgische. O. Nationalbank. Leipzig 1869
Fremdenverkehrs-Bank.

Eröffnung von
laufenden Rechnungen,
Scheck- und Depositen-Konten.

Verzinsung der Guthaben mit
4 bis 4^{1/2} %
je nach Vereinbarung.

Ferdinand Gresse, Teuchern,

empfehlen:

**Carbolinum,
Dachpappe,
Cement,
Teer
Pech,
Gips.**

Theater in Teuchern!

...: Gasthof zum Löwen ...:
Donnerstag, den 6. Februar 1919.
Kassier: der Teucherner Wirtschafts-Gesellschaft
Direktion: Exner & Schmidt.

„Lustspiel-Abend“
mit brillanter Ausstattung

„Comtess Paula“

Salonspiel in 4 Akten. Anfang 8 Uhr.
Kasseneröffnung 7 Uhr.
Alle Näheres befragen die Tageszettel.
Ergebnis ladet ein

Die Direktion.

Gasthof Bahnhof Deuben
Donnerstag, den 6. Februar abends 7^{1/2} Uhr
**groß. Militär-Konzert
und Ball**

ausgeführt von der gesamten Kapelle
des Infanterie-Regiments 106 Leipzig
Leitung Musikstr. O. Landmann.

Ergebnis ladet ein

F. Papsch.

Schützenverein

Schortau

Mittwoch, den 5. Februar.
Versammlung
in der Schützengasse „Zur Post“
(R. Zimmermann) Teuchern
Der Vorstand

Staats  Lotterie

Die Lose II. Klasse sind einzulösen.
Kauflose noch zu haben.

Fidelio.

Mittwoch
Monatsversammlung
Um zahlreiches Erscheinen bittet
Der Vorstand.

 **Gärtner-
lehrling** 
sucht für Eltern
unter günstigen
Bedingungen
Paul Brückmann,
Gärtnermeister, Zeitz, Feldstr. 2.

Mädchen
mit unter 18
Jahren, für
ganzen Tag
gelehrt,
Frau Hofmeister Liebelt.

 **Pferde**
zu kaufen gesucht.
O. Saase, Th. Hen.
Zeitzstr. 3.

Eine Zuchtgans
gegen
einen
Zuchtgänserich
zu vertauschen gesucht oder ev.
Gänserich zu kaufen gesucht.
Wagnerstr. 9.

**Einkauf aller
Sorten Felle.**
3 Pf. für große

Kaninfelle
1.50 - 1.80 Mark
Alle Felle werden zum Zerichten
angenommen und auf Wunsch zu
Sarturieren verarbeitet.
S. Glöckner, Köchlerstr.
Zeitzweg 10.

Wirrhaar
kauft zu hohen Preisen
Albert Herrmann,
Zeitzweg 4 10 g.

**Alle Größen
Holzpantoffeln
mit Leder**
sind eingetroffen bei
Frau Wwe. Diegeler.

Helrat.
(1. u. II.)

Gebürtig 26 J. alt, angenehm.
Körperbau, nicht m. einer jung. Dame
20-24 Jahre, vom Lande bevorzugt,
in Kreiswechsel zu treten, zwecks
späterer Heirat. Etwas Vermögen er-
wünscht.
Offerten mit Bild (wird zurückge-
sendet), sowie Angabe der Ver-
hältnisse unter S. 50 an die Ge-
schäftsstelle d. Blattes erbeten.

Allen Verwandten und Be-
kannnten zur Nachricht, dass
unser lieber Sohn und Bruder

Paul
im Alter von 19 Jahren durch
Unglücksfall plötzlich ver-
storben ist.

Teuchern, den 3. Febr. 1919.
Die trauernde Familie

Otto Müller.
Die Beerdigung findet Dien-
stag Nachmittag 3 Uhr statt.

Ortsgruppe der deutschen demokratischen Partei.

Alle Mitglieder und Freunde der Partei werden dringend gebeten, sich

Mittwoch, abends 8 Uhr
im **Gasthof zum Löwen** einzufinden.

Tagesordnung:

- a) Besprechung Stadtverordnetenwahl.
- b) Gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Partei.
- c) Aufstellung der Kandidatenlisten.

Der Vorstand.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Teuchern.

Mittwoch, den 5. Februar, von 5-10 Uhr

Zauber ihrer Unschuld
Drama in zwei Akten

**Der Untersuchungs-
richter**
Drama Zwei Akte

Bobbys Rache
Lustspiel in drei Akten

Das Liebesduell
Lustspiel in einem Akt

Gewöhnliche Preise  Gewöhnliche Preise

Ferdinand Gresse

:: :: Teuchern :: ::
empfehlen:

verzinkte Eimer
emailierte Eimer
Kochtöpfe
Henkeltöpfe
Schaffnerkrüge
Reibemaschinen
Wirtschaftswaagen
Wärmflaschen
Wärmsteine
Waschbretter m.
Zinkeinlage

frische
Solinger Stahlwaren
als
Messer u. Gabeln
Lafschmesser
Scheren
Wiegemeser
Rasiermesser
Rasierapparate



Unsere Hoffnung auf ein Wie-
dersehen ist vernichtet.

Nach jahrelangem Hoffen und Warten erhielten wir
Donnerstag die traurige Nachricht, dass mein über alles
heissgeliebter Sohn, meine Stütze, Stolz und Glück, unser
guter Bruder, Schwager und Onkel der

Unteroffizier Otto Donndorf

nach 4jähriger Gefangenschaft bei der Schutztruppe in
Südwest-Afrika, an einer schweren Lungenzündung am
15. Nov. 1918 gestorben ist. Er folgte seinem Bruder
Max in die Ewigkeit nach.

In tiefsten Schmerz

Ww. Lina Donndorf nebst den trauernden Geschwistern



Vereiniger Turnverein
E. V. D. T.



Von den Turnbrüdern, die zum Schutze der Heimat
auszogen, starben den Helden Tod:

Oberleutnant Hermann Stempel,
Leutnant Fritz Eltze,
Leutnant Max Bachmann,
Vizewachmeister Willi Wunsdorf,
Unteroffizier Erich Näther,
Landsturmann Artur Helland.

Infolge Krankheit starb
Landsturmann Emil Schieke.
Als vermisst gilt
Landsturmann Ernst Mahler.

Sie waren uns liebe Kameraden und Freunde.
Ehre ihrem Andenken.

Der Turnrat.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Neumann Neudamm

Wöchentliches Anzeiger

für Teuschnern

und Amgegend.



Anzeigerpreis: Die fünfgepaltene Kopypostelle 15 Pf.
Ausgabenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Beierstraße 10
bis spätestens vormittags 10 Uhr. Später und sonstige Anzeigen
müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag
abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,80 RM.
von unseren Bote ins Haus gebracht 1,75 RM und durch den
Bretelträger 1,74 RM.

Beitrag für die und monatliche Beiträge werden außer in der Ge-
schäftsstelle, Beierstraße 10, auch von unseren Bote und allen
Kaufleuten, Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuschnern.

№ 15.

Dienstag, den 4. Februar 1919.

58. Jahrgang.

Das Steuer-Exempel.

Mit vor 30 Jahren im Reichstage zum ersten Male eine Militärbudgetierung von etwa 40 Millionen eingebracht wurde, sah man im ganzen Hause nur blasse Gesichter. Und draußen im Volke hieß es, das ist nicht mehr auszuhalten. Es war das Gegenstück zur Freude über die fünf Milliarden von 1871, von denen ganz Deutschland dachte, sie würden niemals alle werden. Später haben wir die hohen militärischen Forderungen, besonders in späteren Jahren, selbst die Vermögenssteuer von 1 Milliarden im Jahre 1913 hat kein lautes Herzklopfen mehr erweckt. Im Kriegespielchen dann sein Milliarden keine große Rolle mehr. Nur, daß wir dachten, wir würden die Kriegsausgaben direkt oder indirekt wieder bekommen. Wie wir heute wissen, wird daraus nichts, im Gegenteil, wir müssen noch eine weitere Reihe von Milliarden aufbringen. Demgegenüber nicht es gar nichts, zu hoffen, es werde schon noch irgend ein Glücksfall eintreten, optimistisch oder ... gedankenlos zu sein. Sondern es heißt zu rechnen.

Unter den Steuerfragen der heutigen Regierung spielt eine große Rolle die Vermögensabgabe, die übrigens schon seit 1917 erntlich in Betracht gezogen worden ist, also keine Ueberraschung mehr bedeutet. Zu ihrer Begründung wird gesagt, daß es unmöglich sei, die enormen Linsen der Kriegsschulden auf lange Jahre hinaus zu bezahlen, es ließe also nichts übrig, als auch von allen privaten Vermögen einen kräftigen Abstrich zu machen. Denn das deutsche Nationalvermögen an Staatsvermögen reiche nicht aus, um alle Schulden und die weiterhin notwendigen dringenden Ausgaben zu decken.

Diese Vermögensabgabe ist selbstverständlich für alle, die davon betroffen werden, nicht angenehm. Aber sie ist auch für die nicht gleichgültig, die kein Vermögen haben. Denn sie müssen entsprechend mehr von ihren Einkommen oder an indirekten Steuern leisten, zumal da nach der Vermögensabgabe sich die Zahl der Steuerpflichtigen mehr verdoppeln und verdreifachen dürfte erheblich vermehren wird. Da Geld gebracht wird, kann dies alles nicht entscheidend sein, der Besitz und das Einkommen müssen blühen. Es fragt sich nur, ob es heutzutage sein wird, den Vogen jetzt zu überstärken.

Und diese Frage muß vernünftig werden. Der Wert des Vermögensbezuges, auch der Bestand des Nationalvermögens, ist heute so zweifelhaft, daß es nicht gut möglich ist, bestimmte Feststellungen zu machen. Es können dabei sonst für viele Tausende Härten eintreten, die es ihnen unmöglich machen, nach der teilweise Vermögensabgabe wieder auf einen gesunden Weg zu kommen. An einer Bewertung der Wohnhäuser kann dem Staat niemals etwas liegen, denn er verliert damit seine Steuerquellen. Nach schmerzender wie beim Realbesitz ist der Vermögensstand bei Wertpapieren. Davon ist schon ein so bedeutender Teil durch Kursrückgänge getroffen, daß nicht viel mehr zu rechnen übrig bleibt.

Eine teilweise Vermögensabgabe zu steuerlichen Zwecken will also, sehr, wenn die Notwendigkeit der Geldaufbringung erweisen ist, unter den heutigen Verhältnissen wohl, doppelt und dreifach überlegt sein, denn was der Fiskus her, ist dahin, und daß ein von seinen Mitteln entbehren darf, fände er wieder zu etwas kommt, braucht nicht erst dargelegt zu werden. Auch wer in der Sozialversicherung ein Mittelglied steht, wird in diesem Fall enttäuscht werden. Man seine hohen tatsächlichen Werte da sind, fange sie auch nicht vernünftig werden. Denn sollte sich der Fiskus abseht, nicht mit den 20-30% angesetzt werden.

Mit der Kriegserregung und der Friedensverträge unterbreitet werden wird, es ist es noch verhältnismäßig Monate dauern, so daß noch als überhöht, d. h. der Fiskus zu berechnen, was praktischer ist, teilweise Vermögensabgabe oder Steuern, die sich auf eine Weise ausrechnen werden. Denn darüber, welche aus dem Einkommen zu lang sind, der Fiskus fähig liegen, aber jetzt gleich mit einem Salto mortale über die höchste Schuldenbarriere weg zu springen, ist doch wohl gewagt. Denn unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit würde sich dabei das Gesicht werden. Eine prinzipielle Steuererhöhung, die sich immer wieder, ohne das praktische Rechnen geht es nicht, doch nicht. Zahlen können sehr unannehmlich sein, aber sie können nur unvollkommen Enttäuschungen. Auch der ohnehin geplante Steuerzahler soll nicht mehr als nötig gequält werden!

Der Verfassungsentwurf.

Der Entwurf für die künftige Verfassung des Reiches ist von der Regierung fertiggestellt und wird der Nationalversammlung in Weimar in folgender Form vorgelegt werden:

§ 1. Die verfassungsgebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2. Die Einberufung der Vorläufer der Reichs-

regierung an die Nationalversammlung bedarf eines Beschlusses des Reichstages. In dem Staatensauschuss hat jeder deutsche Staatsbürger mindestens eine Stimme. Auf die großen Reichstaaten entfallen grundsätzlich bei einer Million Bundesbürger eine Stimme, wobei ein Ueberschuss der mindestens der Einwohnerzahl des Kleinsten Reichstaates gleichkommt, eines Millionen größerer Reichstaate. Demgemäß sind im Staatensauschuss vertreten: Preußen mit 19, Bayern mit 7, Sachsen mit 5, Württemberg und Baden mit je 3, Hessen mit je 2 Stimmen, und die übrigen Bundesstaaten mit je 1 Stimme. Den Vorsitz im Staatenshaus führt ein Mitglied der Reichsregierung. Wenn Reichs-Exzellenzen sich dem Reichstag nicht anschließen, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatensauschuss mit einer durch Reichsgesetz festzulegenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

§ 3. Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatensauschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und über jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten.

§ 4. Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet, es kann jedoch der Gebietsbestand der Reichstaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Ueberein-



Pariser Beschluß über die deutschen Kolonien.

(Amtlicher Situationsbericht) Das Pariser Komitee der zehn Vertreter der Großmächte beschloß sich in der Donnerstag-Sitzung mit der Prüfung der kolonialen Fragen.

Die ganze Erörterung bewegte sich auf der Grundlage der Wilsonschen Vorschläge, die Verwaltung der deutschen Kolonien dem Völkerbunde zu übergeben, dem Teile davon diesem oder jenem Staat unter Kontrolle der relevanten Mächte zu überlassen. Das englische Kriegskabinett hat sich der Wilsonschen Theorie angeschlossen, dagegen haben die Dominions energigehaft Protest eingelegt. Schließlich einigte man sich dahin, daß, wenn in einem dieser Gebiete sich genügend kultivierte Eingeborene befinden, die ihren nationalen Wünschen Ausdruck verleihen können, unter Umständen in Frage sind, sich selbst zu regieren, der Völkerbund ihren Wünschen Rechnung tragen soll.

In dieser Beziehung kann man namentlich Arabien und Mesopotamien. Die Bevölkerung dieser Länder soll Gelegenheit erhalten, ihrem Willen Ausdruck zu verleihen. Sie soll entscheiden, ob sie unabhängig werden oder unter dem Protektorat einer Großmacht werden will. Wo die Völker nicht unabhängig sind, sich selbst zu regieren, soll der Völkerbund entscheiden, wer die Souveränität ausüben soll.

Gewisse Vorkaufsrechte sind dabei von den betreffenden Großmächten zu übernehmen, und zwar werden die Bürgerschaften von den Friedenskonferenzen oder vom Völkerbunde festgelegt. Diese werden für die verbleibenden Großmächte verstanden sein. Es soll darüber von Fall zu Fall entschieden werden. Solange der Völkerbund noch nicht bereitgestellt worden ist, soll die Ver-

haltung der Kolonien von den angrenzenden Verwaltungen übernommen werden. In der Weise, wie es jetzt schon gehandhabt wird. Was die afrikanischen Gebiete betrifft, so erhalten die vier Großmächte den Auftrag, dieses Gebiet zu verwalten, und zwar tritt das Mandat sofort in Kraft.

Ganz Bremen.

Unentschiedene Lage.

Ueber den Einbruch der Reichswehr vom Eintreffen der Regierungstruppen vor Bremen schreibt ein Bremer Blatt:

Freitag morgen gegen 6 Uhr wurde aus den Stienen Alarm über die Wert gegeben. Sofort tauchten auf den Werftgebäuden Besatzung und Unbesatzung und begaben sich zur ... in die Baracken. Ein großer Teil der Arbeiter, die von der Wehrmacht, viel, die Waffen vor der anrückenden Uebermacht zu streifen und den Forderungen im Interesse der Stadt zu entsprechen.

Dagegen traten die sozialistisch Gesinnten auf und verlangten Verteilung der Waffen. Gleich darauf wurden die Gebäude in Verteilungszustand gesetzt. Durch das Scheitern der Unterhandlungen in Bremen wurde die Lage noch kritischer. Schon Donnerstagabend waren Maschinenwerke in Sebaldestraße aufgeleitet, und die ganze Nacht waren die öffentlichen Zugangsstraßen von den Arbeitern besetzt. ... mit Besatzung, es sah man durch die Stadt fahren und vor dem Rathaus halten, das besetzt wurde.

Eine spätere Meldung lautet:
Im Bremer Rathaus sind zahlreiche Vertreter von Soldatenräten aus dem Bereich des 9. Armeekorps versammelt, um über die durch das Vorgehen der Regierungstruppen notwendig gewordenen Schritte zu beraten. Das 9. Armeekorps stellt sich auf die Seite der gegenwärtigen Bremer Regierung. Von verschiedenen Soldaten in Nordwestdeutschland wurden Telegramme an die Reichsregierung geschickt mit dem Ersuchen, die Expedition zurückzuziehen, um das drohende ungeheure Blutbad zu vermeiden.

In Bremen wollte auch eine Abordnung der Division Werderberg. Die Verhandlungen verliefen ergebnislos und werden fortgesetzt. Es soll aber von beiden Seiten nichts unternommen werden.

Wie verlautet, setzen sich die Soldatenräte des 9. Armeekorps für die Entwaffnung der Arbeit ein. Der Widerstand nach Hannover und Berlin ist durch Aufmarsch der Schienen unterbrochen worden.

Ansicht der Regierung.
Die Regierung beurteilt die Lage in Bremen optimistisch, wie aus folgender Darstellung der zuständigen Stellen hervorgeht:

Die Anwendung der Reichserebute gegen die terroristische paratropische Minderheit in Bremen hat außerordentlich bestimmt gemittelt. Die Lage an der Wasserfront verbessert sich zusehends. Der Anmarsch der Truppen hat nicht nur in Bremen viel zur Beruhigung der Verhältnisse beigetragen, sondern begünstigt sich auch bereits deutlich in Hamburg und Wismarslaben auszuwirken. Man darf die Hoffnung durch die Entente vollständig anknüpfen. Die Entente hat sich bereit erklärt, die Ein- und Ausfuhr der Lebensmittelmittel zu gewährleisten.

Soldatischer Protest gegen die Entente.

In der badischen Nationalversammlung erklärte der jetzige Ministerpräsident Geiß namens der badischen vorläufigen Regierung, daß diese die von allen Parteien zum Ausdruck gebrachten Sorgen teilte und sich dem Protest gegen die fortschreitenden Verengungen durch die Entente vollständig anschloß. Wie bisher, so werde die badische Regierung auch in Zukunft sich bemühen, jeder Bergewaltigung des badischen Volkes entgegenzutreten. Grundlos dauere die Blockade gegen Deutschland fort, grundlos wird der Wirtschaftskriegsgeschehen die Freiheit nicht wiedergegeben. Das ist eine moderne Form der Sklaverei, eine ewige Schmach für die hierfür verantwortlichen Männer. Niemand wird das badische Volk und mit ihm ganz Deutschland einen Frieden der Gewalt ertragen.

Wahlrechtliches Ergebnis der Preußenwahlen.

Nachdem jetzt auch das Ergebnis aus dem 8. Wahlbezirk bekannt ist, wird sich nach den vorläufigen Meldungen der Wahlkommission die preussische Landesversammlung folgendermaßen zusammensetzen:

Sozialdemokratische Partei Deutschlands 145,
Christliche Volkspartei 85,
Deutsche demokratische Partei 82.